



STAATSKANZLEI

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung
von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
am 14. Oktober 2014**

**Abschluss der Beihilfeverfahren
Hahn, Zweibrücken, Nürburgring**

Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Redebeginn.

I. Einleitung

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen,

in meiner Regierungserklärung im Januar 2013 habe ich zugesagt:
Ich werde all meine Kraft darauf verwenden, unser Land nach
Vorne zu bringen.

Wir haben als rot-grüne Koalition viel erreicht:

- Im Bereich der Wirtschaft mit Unternehmensansiedlungen, zum Beispiel Haribo, einem konstruktiven gemeinsamen Dialog und einer fundierten Fachkräftestrategie,
- bei der Haushaltskonsolidierung [durch Reduzierung des strukturellen Defizits],
- im Bereich der schulischen Bildung durch kleine Klassen, durch den Ausbau der Kindertagesstätten und einer deutlichen Steigerung der Versorgungsquote.
- Wir haben das Wahlrecht für ein inklusives Unterrichtsangebot eingeführt und unterstützen als eines der ersten Länder die Kommunen durch eine gemeinsame Vereinbarung bei dieser Aufgabe.
- Es geht voran im Bereich der nachhaltigen Regionalentwicklung durch den gemeinsamen Nationalpark mit dem Saarland im Hunsrück-Hochwald und
- im Bereich der Energiewende durch den Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion.

Wir gehen bei der Umsetzung unserer Vorhaben gründlich und transparent vor. Das zeichnet diese Koalition aus.

So regieren wir dieses Land unter meiner Führung. Die Wahrnehmung von Aufgaben des Landes in Gesellschaften wird auf das Notwendige zurückgeführt. Wir haben, um diesen neuen Anspruch umzusetzen, uns Regeln zu Transparenz und guter Unternehmensführung gegeben. Kernstück dabei ist die konsequente Umsetzung eines Vier-Augen-Prinzips. Auch bei alleiniger Ressortverantwortung. Der Präsident des Landesrechnungshofs soll zudem in Zukunft vor der abschließenden Entscheidung als Wirtschaftlichkeitsbeauftragter beraten.

Gründlich und transparent sind wir auch den Weg bei der Neuordnung der Beziehungen zur Europäischen Kommission gegangen.

Sehr geehrte Herren und Damen,

die Europäische Kommission hat sich über viele Jahre mit mehreren Beihilfeverfahren unseres Landes Rheinland-Pfalz befasst. Unser Ziel war es, die laufenden Beihilfeverfahren zu Ende zu bringen. Vor zwei Wochen hat die Kommission über Zweibrücken, Hahn und Nürburgring entschieden und die Verfahren abgeschlossen. Es war und ist meine Verantwortung, den beschrittenen Weg nach vorne weiter zu gehen.

Wir haben drei Weichenstellungen:

- Für den Flughafen Zweibrücken und die Region waren die Entscheidungen bitter. Es hat sich das bestätigt, was uns bereits vor den Sommerferien angekündigt wurde. Ich bedauere das sehr. Der Insolvenzverwalter setzt alles daran, den Flugbetrieb zu sichern.
- Beim Nürburgring haben wir uns auf der Grundlage des Vorschlags des Sachwalters und der Entscheidungen des Gläubigerausschusses für die jetzt vorliegenden Bescheide eingesetzt. Wir haben jetzt Klarheit, was die Vergangenheit angeht. Für die Zukunft zeigen die Ereignisse, dass trotz des grünen Lichts der Kommission für den Verkaufsprozess, der Weg zur Privatisierung noch nicht zu Ende gegangen ist.
- Beim Flughafen Hahn können wir den Weg der Neuausrichtung mit dem Ziel einer Privatisierung weiter gehen.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen,

unter meinem Vorgänger wurde der Dialog mit der Europäischen Kommission nicht so geführt, wie es notwendig gewesen wäre. In meiner Regierungserklärung vom Januar 2013 habe ich betont: Aufgrund unserer Erfahrungen mit Beihilfeverfahren werde ich den Dialog und die Zusammenarbeit zur Europäischen Kommission deshalb neu aufstellen und ein Klima des Vertrauens schaffen. Damit bin ich angetreten. Und das habe ich konsequent umgesetzt.

II. Flughafen Zweibrücken

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

für den Flughafen Zweibrücken hat die angekündigte Beihilfeentscheidung seit dem Sommer ihre Wirkung entfaltet. Die Folgen davon sind bereits eingetreten und unmittelbar zu spüren. Auch in soweit haben wir Klarheit – eine gewiss bittere Klarheit.

Wir hätten uns gut eine Fusion mit dem Flughafen Saarbrücken vorstellen können und haben dies unsererseits auch gründlich vorbereitet. Wir haben in den 90er Jahren die vorgefundene militärische Infrastruktur genutzt, um eine dynamische Entwicklung in der Region in Gang zu setzen.

Das waren strukturpolitische Entscheidungen, die ein Gesamtinvestitionsvolumen von 2,3 Milliarden Euro ausgelöst haben. Landesregierung, Parlament und Kommunen haben das damals gemeinsam getragen. Diese zeigen in ihrer Gesamtheit auch heute noch ihre positiven Wirkungen.

Kernstück der Maßnahmen war das sogenannte 4-Säulen Modell, aus dem unter anderem neue Arbeitsplätze für rund 3.000 Menschen entstanden sind. In den letzten 25 Jahren war dies der richtige Weg, und hat auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von damals bis zu 20 Prozent auf heute 7,7 Prozent beigetragen.

47 Millionen Euro Beihilfenrückforderung stehen im Raum. Ich sage aber in aller Deutlichkeit: Das Geld war im Rahmen der beschriebenen Konversionsmaßnahmen gut angelegt. Steuern, die für Wertschöpfung und Arbeitsplätze investiert werden, die den Menschen in der Südwestpfalz also Arbeit und Perspektiven gebracht haben, sind keine Steuerverschwendung.

Sehr verehrte Herren und Damen,

die Landesregierung arbeitet im lebendigen Dialog mit den kommunalen Vertretern.

Diesen Dialog haben wir unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Insolvenz noch einmal intensiviert und es wurden alle Vorschläge und Wünsche der kommunalen Vertreter, die uns übermittelt wurden, auf ihre Umsetzbarkeit hin durchgeprüft.

Der durch die Landesregierung sofort gebildete Staatssekretärsausschuss hat schnell und konstruktiv gearbeitet, um für die Region ein realistisches, umsetzbares und nachhaltiges Konzept zu erstellen. Es überrascht nicht, dass die kommunalen Vertreter das Konzept begrüßen – obwohl nicht alle Wünsche umgesetzt werden können.

Das, was wir jetzt vorhaben, entspricht den Bedürfnissen der Region, ist ausgewogen und finanziell verantwortbar. Darin sind wir uns mit den kommunalen Vertretern einig. Manchmal wird so getan,

als bestünde unser Konzept „nur“ aus 25 Einzelmaßnahmen. Tatsächlich aber besteht es aus drei unterschiedlich wirksamen Schwerpunkten:

Erstens aus der sogenannten Stadt-Umland-Strategie, zweitens aus einer Reihe von mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen, und drittens aus kurzfristigen Maßnahmen, die entweder bereits zugesagt wurden und nun vorgezogen werden, oder für die eine grundsätzliche Förderzusage vorliegt. So oder so: Das sind gute Investitionen für die Kommunen!

Insgesamt wird die Landesregierung allein in die kurzfristigen Maßnahmen einen zweistelligen Millionenbetrag investieren und ein Mehrfaches an Investitionsvolumen auslösen. Das ist gut für die Menschen und für die weitere Entwicklung der Region. Wir lassen die Region auch jetzt nicht allein.

Sehr geehrte Herren und Damen,

der Insolvenzverwalter arbeitet entschlossen an einer Lösung: Er befindet sich gerade mitten im Investorenprozess und lotet alle Möglichkeiten aus, den Flugbetrieb fortzuführen.

Wir werden uns engagiert dafür einsetzen, dass auch für den Flughafen Zweibrücken der Weg für eine Privatisierung offen bleibt. Ich habe mich bereits gemeinsam mit Eveline Lemke persönlich bei Kommissar Almunia dafür eingesetzt, dass ein potentieller Erwerber des Flughafens keinen Rückforderungsansprüchen ausgesetzt ist.

III. Beihilfeverfahren Nürburgring

Der Nürburgring hat eine herausragende Bedeutung - nicht nur für Rheinland-Pfalz. Die wahrscheinlich berühmteste Rennstrecke der Welt hat in der Vergangenheit viele Rückschläge erlitten.

Allem voran:

Der Ausbau des Nürburgrings war ein Fehler. Solche Fehler wird es unter meiner Führung nicht mehr geben. Wir werden solche Fehler in Zukunft auch dadurch verhindern, dass solche Projekte nicht mehr mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Durch die Privatisierung des Nürburgrings kann auch eine **zukünftige weitere** Belastung des Landeshaushalts ausgeschlossen werden. Der Bau und Betrieb eines Freizeitparks gehören nicht zu den Kernaufgaben des Landes. Für Strukturpolitik stehen uns andere Maßnahmen zur Verfügung.

Durch den Beschluss der Kommission zum Nürburgring werden frühere Entscheidungen der Regierungen meines Vorgängers Kurt Beck als wettbewerbsverzerrende Beihilfen qualifiziert. Der Nürburgring wird zudem durch die Kommission rückwirkend seit 2002 als „Unternehmen in Schwierigkeiten“ gewertet – diese Einstufung bereits ab dem Jahr 2002 vorzunehmen bedeutet, dass viele Zuschüsse erfasst werden, die nichts mit dem Projekt Nürburgring 2009 zu tun gehabt haben – vor allem für die Formel 1. Diese Einstufung bleibt unverständlich, weil seit 2002 etliche Male unabhängige Wirtschaftsprüfer genau das Gegenteil testiert hatten.

Sehr geehrte Herren und Damen von der Opposition, ich weiß, dass Sie aus Ihrem Selbstverständnis gerne schwarz-weiß malen, und nach dem Motto handeln „einmal Fehler, immer Fehler“. Aber bleiben Sie an dieser Stelle bitte fair: Viele dieser Zuschüsse waren wichtige Zuschüsse für die Region und hier im Haus großer Konsens.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Licht. Ich darf Sie dabei an die Debatte vom 18. August 2011 hier im Landtag erinnern. Auch Sie haben damals Landeszuschüsse für die Formel 1 am Nürburgring gefordert: „Wir würden derzeit eine Summe von 5 Millionen Euro zulasten des Steuerzahlers mittragen.“

Der Nürburgring ist Markenzeichen der Region. Der „Mythos Nürburgring“ lebt – trotz Fehlentscheidungen und politischen Auseinandersetzungen: Er verdient eine gute Zukunft. Am Nürburgring gab und gibt es auch unter der Insolvenz hervorragende und erfolgreiche Rennen, Veranstaltungen und Events. Es wird dort auch unter privater Führung genau das erreicht, was die Rennsportbegeisterten und die Nürburgringfans von der öffentlichen Hand eingefordert haben. Auch das neue Management arbeitet sehr erfolgreich. Die gute Bilanz liegt vor allem an der Treue der Fans und der Veranstalter. Darüber sollten und können wir uns alle freuen.

Viele Profis, Halbprofis und Freizeitsportler nutzen den Nürburgring. Mehr denn je. Wir müssen aufhören so zu tun, als ginge es am Nürburgring permanent bergab. Wenn wir auf die vergangenen beiden Jahre zurückblicken, sind Klagen über den Niedergang des Motorsports nicht gerechtfertigt.

Sehr geehrte Herren und Damen,

ich bin angetreten mit dem Versprechen, unser Verhältnis zur Europäischen Kommission zu verbessern – angefangen habe ich damit schon, bevor ich gewählt wurde. Wir haben das uns Mögliche getan, um die Arbeit von Sanierungsgeschäftsführer und Sachwalter zu unterstützen.

Dazu gehört mit Sicherheit auch das Nürburgringschutzgesetz – dafür gab es seitens der CDU keine Unterstützung. Aber es hat Erfolg.

Und wir haben uns auf der Grundlage der Vorschläge des Sachwalters und der Entscheidungen des Gläubigerausschusses für die jetzt vorliegenden Bescheide in Europa eingesetzt.

Zu den Behauptungen, die Landesregierung hätte aber in dieser oder jener Weise Einfluss genommen, sage ich deutlich: Das ist falsch. Sanierungsgeschäftsführer und Sachwalter der Nürburgring GmbH haben unabhängig und weisungsfrei gearbeitet.

Die EU Kommission hat grünes Licht für den Verkauf des Nürburgrings an den durch den Sachwalter vorgeschlagenen Erwerber gegeben. Wir haben das begrüßt. Damit war aber natürlich die Erwartung verbunden, dass geschlossene Verträge tragfähig sind und auch erfüllt werden. Es ist ein laufendes Verfahren. Die aktuellen Entwicklungen erfüllen mich mit Sorge. Auch wenn diese Vorgänge, wie das gesamte Verfahren unserem Einfluss- und Verantwortungsbereich entzogen sind, richte ich diese Erwartung an die Vertragspartner: Erfüllen Sie die Verträge.

Der Sachwalter hat angekündigt, dass andernfalls der Verkaufsprozess wiederholt werden muss. Im Sinne der Region und der guten Entwicklung des Nürburgrings ist dies ein Umstand, der vermieden werden sollte.

IV. Rechnungshofbericht

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

Der Bericht des Landesrechnungshofs enthält keine neue Tatsachen. Sie lagen alle bereits auf dem Tisch. Neu sind ein Teil der Bewertungen, die von uns und anderen nicht alle geteilt werden. Das wissen Sie - schließlich haben sich bis heute drei Ausschüsse intensiv mit den Prüfergebnissen auseinandergesetzt.

Auf der einen Seite steht der unabhängige Rechnungshof, auf der anderen Seite steht das Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young, das - und das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen - ebenfalls unabhängig ein Gutachten erstellt hat.

Ernst & Young haben 2010 gesagt: Ja, das ist machbar. Und sie stehen auch noch heute zu dieser damaligen Einschätzung.

In den Ausschüssen wurde deutlich, dass auch die Bewertung der Risikoeinschätzung unterschiedlich ausfällt. Zu einem anderen Ergebnis als der Landesrechnungshof zu kommen, hat dabei nichts mit mangelndem Respekt zu tun. Ich betone das ausdrücklich.

Sehr geehrte Herren und Damen,

ja, ich war Mitglied in dem Kabinett, das das Zukunftskonzept beschlossen hat. Beide zuständigen Kollegen haben damals sehr glaubhaft dargestellt, dass dies der richtige Weg sei, kein weiteres

Geld zu verlieren und aus den ohnehin verbauten Summen das Bestmögliche herauszuholen. Ich bleibe überzeugt, dass die damals für die Neukonzeption handelnden Personen nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben, um nach dem Scheitern der Privatfinanzierung die wirtschaftlichste Lösung zu finden und weiteren Schaden für das Land zu verhindern.

Aus heutiger Sicht betrachtet, war die damalige Entscheidung falsch. Wie kann es anders sein, wenn am Ende die Insolvenz stand. Die Frage ist: Hätten die damals Handelnden schon so viel wissen müssen, wie wir vier Jahre später wissen?

Die beiden Kollegen haben in den Ausschüssen hinlänglich dargelegt, dass das nicht der Fall war und deshalb laufen der Vorwurf der Wählertäuschung und ihre Rücktrittsforderungen, Frau Klöckner, ins Leere.

Der Bericht des Landesrechnungshofs bezieht sich auf hinreichend bekannte Sachverhalte, die vor meiner Zeit als Ministerpräsidentin liegen. Auch die strittigen Fragen sind nicht neu. Hinsichtlich der finanziellen Lasten, die das Land zu tragen hat, ändert sich durch diesen Bericht nichts. Die Zahlen, um die es hier geht, wurden bereits transparent erläutert und vielfach besprochen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

Ich lese dabei oft, dass ein Gradmesser für meine Glaubwürdigkeit sei, wie ich mit der Vergangenheit umgehe. Deshalb will ich Ihnen sagen, dass ich selbstverständlich Fehler auch Fehler nenne. Die Fehler der Vergangenheit sind zigfach von mir benannt und eingeräumt. Es tut mir leid, dass diese Fehler unter meinem Vorgänger Kurt Beck gemacht wurden. Solche Fehler wird es mit mir als Ministerpräsidentin nicht mehr geben.

Sie kennen mich: Ich denke anders und ich handele anders.

Dabei verlasse ich mich nicht nur auf mein eigenes Selbstverständnis und das dieser Koalition. Wir haben auch ganz bewusst konkrete, strukturelle Sicherungen eingebaut.

Sehr verehrte Herren und Damen,

der Landesrechnungshof gibt uns sechs Empfehlungen für die Zukunft. Etliche davon haben wir in meiner Amtszeit bereits umgesetzt, andere befinden sich aktuell in der Umsetzung. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich als Ministerpräsidentin davon leiten lasse:

Wir haben bereits Instrumente, die das Regierungshandeln transparent und nachvollziehbar machen eingeführt. Ganz bewusst

haben wir im Kabinett auch strukturelle Sicherungen eingebaut. In diesem Zuge haben wir uns einen Kodex für „Gute Unternehmensführung und Transparenz“ gegeben. Kernstück dabei ist für mich auch die konsequente Umsetzung des 4-Augen-Prinzips. Hierzu gehört weiter die gesetzliche Verankerung des Wirtschaftlichkeitsbeauftragten.

Wir werden uns auch eigene Regelungen und Unterrichtsvorschriften für die Nutzung des gesetzlich vorgesehen Instruments des Kreditauftrags geben.

Es gibt viel Grund die Entwicklungen am Ring in der Vergangenheit zu beklagen. Die Lehren aus der Vergangenheit haben mein Kabinett und ich gezogen.

Ich bin angetreten, die Zukunft in unserem Land zu gestalten. Und genau das tue ich.

V. Beihilfeverfahren Flughafen Hahn

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

die Entscheidungen zum Flughafen Hahn sind ein großer Erfolg und ein weiterer wesentlicher Schritt unserer Neuausrichtung.

Der Erfolg wurde möglich auch und gerade Dank der hervorragenden Unterstützung durch ein Beihilfeteam aus unserer Landesvertretung: Die Europäische Kommission hat entschieden, dass die Finanzierung des Flughafens Hahn mit dem europäischen Recht der staatlichen Beihilfen vereinbar ist. Damit ist ein sehr langwieriges Verfahren, das die geschäftliche Entwicklung des Flughafens über mehr als fünf Jahre mit erheblichen Unsicherheiten belastet hat, zu einem guten Abschluss gekommen.

Das ist ein Erfolg dieser Regierung. Bereits im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen war dies angelegt und ich habe es in meiner Regierungserklärung 2013 nochmals bekräftigt, dass wir den Dialog mit der Kommission bereits begonnen hatten, um dem Hahn eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen:

Wir sind einen entscheidenden Schritt weitergekommen; auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

Unsere Initiative zum vertrauensvollen Dialog zwischen der Landesregierung und der Europäischen Kommission hat den Weg zu diesem Erfolg geebnet. Die Entscheidungen eröffnen dem Flughafen alle Möglichkeiten für eine erfolgreiche Zukunft. So hat die Kommission gebilligt, dass die Darlehensverbindlichkeiten, mit denen der Flughafen in der Vergangenheit im wesentlichen die erheblichen Investitionen in einen modernen Verkehrsflughafen finanziert hat, in Eigenkapital umgewandelt werden können. Damit sind die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb mit anderen Flughäfen endlich gegeben. Diese sind nämlich größtenteils fast vollständig durch staatliche Zuschüsse ohne nennenswerte Eigenbeiträge finanziert worden.

Die von mir geführte Landesregierung ist entschlossen, die sich aus der jetzt vorliegenden Entscheidung ergebenden Ausgangsbedingungen zu nutzen, um dem Flughafen eine dauerhafte Zukunft zu sichern. Daher wird sie über einen Investorenwettbewerb mit dem Ziel der Veräußerung die nächsten Schritte gehen. Wir bereiten diesen Weg vor und sind dabei in kontinuierlichen Gesprächen mit unseren hessischen Mitgesellschaftern. Wichtig ist: Investoren und interessierten Unternehmen wird die Gelegenheit gegeben, den Flughafen weiterzuentwickeln.

Die Flughafengesellschaft fährt ein hartes Sparprogramm und hat erste Erfolge. Wir haben dort die Geschäftsführung ausgetauscht

und den Aufsichtsrat professionalisiert. Wir haben einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht.

Nach den nicht einfachen Monaten freue ich mich, dass es am Hahn aufwärts geht. Mit einem neuen Vertriebskonzept konnte die Air China Cargo als neuer Kunde gewonnen werden. Die Fluggesellschaft Silkway hat gerade bemerkenswert ihre Umläufe aufgestockt. Dafür danke ich allen, die daran mitgewirkt haben.

Besonders erfreulich finde ich aber, dass sich gerade in der Zeit, als über den Hahn viel Negatives gesagt und geschrieben wurde, private Investoren zum Hahn bekannt haben und noch tun. Beispielhaft will ich die Erweiterung um eine hochmoderne Frachthalle der VG Cargo und die Investition von Haitec nennen.

Die Neuordnung des Flughafens muss weiter gehen. Durch den Beschluss der Europäischen Kommission gibt es nun eine verlässliche rechtliche Grundlage für den Privatisierungsprozess. Die finanzielle Unterstützung des Flughafens muss so zügig wie nur möglich reduziert und schließlich vollständig abgebaut werden.

Aber bei aller berechtigten Zuversicht – Euphorie ist nicht angezeigt, denn es bleibt ein schwerer Weg vor uns. Der Hahn ist als bedeutender Frachtflughafen auch sehr von konjunkturellen Entwicklungen abhängig. Und die Eintrübungen hinsichtlich der Weltwirtschaft stellen ein wirtschaftliches Risiko für Flughäfen dar.

Aber den Menschen in der Region und den vielen tausend Beschäftigten am Hahn sage ich: Das, was wir tun können, tun wir

mit größter Professionalität. Und mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Hahn. Die Landesregierung spricht vor Ort dabei nicht anders als in Mainz – auch darauf mein Wort.

VI. Fazit

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

vor etwas mehr als anderthalb Jahren bin ich von der Mehrheit im Parlament zur Ministerpräsidentin gewählt worden. Ich habe damals zugesagt, dafür arbeiten zu wollen, dass Rheinland-Pfalz ein Land der neuen Chancen, ein Land mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen und ein Land der starken Regionen bleibt. Dies war und ist für mich auch beim Nürburgring und den Flughäfen Hahn und Zweibrücken der Maßstab meines Handelns.

Der Ring und die beiden Flughäfen haben die Entwicklung der Regionen, in denen sie liegen, geprägt. Deswegen standen für mich bei allen Entscheidungen, die ich dazu in den vergangenen anderthalb Jahren getroffen habe, die Zukunftsperspektiven der betroffenen Regionen und deren Bevölkerung im Mittelpunkt: Ich stehe und arbeite dafür, dass die Menschen in der Eifel, dem Hunsrück und der Südwestpfalz weiter eine starke Wirtschaft, eine gute Infrastruktur und einen vitalen Tourismus haben und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Ich arbeite gründlich an den Herausforderungen und stehe für transparente Entscheidungen. Ein offenes und transparentes Verhältnis zur EU-Kommission ist unerlässlich, wenn es um Fragen des Wettbewerbs- und Beihilfenrechts geht. Den begonnenen Weg werden wir weiter gehen. Ein kontinuierliches Beihilfecontrolling und

der regelmäßige intensive Austausch mit den Brüsseler Dienststellen ist fester Bestandteil meiner Regierungsführung.

Das ist vielleicht nicht spektakulär, aber wir arbeiten hier gründlich und konsequent, **und** wir haben klare Ziele.

Der 1. Oktober 2014 mit den Brüsseler Entscheidungen war kein Tag zum Jubeln. Unter meinem Vorgänger wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht. Aber: Ich denke anders und ich handele anders. Der Umgang mit den drei Beihilfeverfahren und die strukturellen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, zeigen: Ich habe einen anderen Regierungsstil.

Messen Sie mich daran.

Herzlichen Dank.